Sauerländisches Volksblatt

Ältester Anzeiger für das Sauerland — SV — Gegr. 1840. — **Amtliches Kreisblatt des Kreises Olpe**

Das „S. V." erscheint jeden Werktag früh. Der monatliche Bezugspreis ist freibleibend, die Einzelnummer kostet 15 Goldpfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten entgegen. Störungen durch höhere Gewalt und Ausstand rechtfertigen keine Ersatzansprüche. Geschäftsstellen: Frankfurterstr. Nr. 16 und Bahnhofstr. Nr. 3. — Fernruf 2. — Postscheck-Konto Köln Nr. 10158.

Anzeigenpreise: 1 Millimeter Höhe im Ortsverkehr 8 Goldpfg., f. Auswärtige 10 Goldpfg., Reklamen 40 Goldpfennig; Offertengebühr 25 Goldpf., umzurechnen nach dem am Tage der Zahlung gültigen Berliner Dollar-Kurs. Zahlbar bei Aufgabe, spätestens 3 Tage nachher, andernfalls Verzugszinsen berechnet werden. Eventuell gewährter Rabatt gilt nur als Kassenrabatt.

Nr. 8 — Olpe, Donnerstag, den 10. Januar 1924. — 84. Jahrg.

Der Reichstagswahlkampf ist eröffnet.

Von P. Horsch, Mitglied des Preußischen Landtages.

Auch wenn die Presse uns nicht in den letzten Tagen darüber unterrichtet hätte, daß die Regierung beabsichtige, die Neuwahlen für den Reichstag im April oder Mai d. J. stattfinden zu lassen, würde man aus der Schreibweise führender Parteiorgane ersehen können, daß ein Wahlkampf bevorsteht, zum Teil schon begonnen hat. Sowohl die Deutschnationalen wie die Vereinigte sozialdemokratische Partei machen bereits stark in Wahlagitationen.

Die Deutschnationalen, die vor wenigen Wochen bereit waren, sich mit der jetzigen Staatsform und der Erfüllungspolitik abzufinden, wenn sie nur an die Regierungskrippe im Reich und Preußen kommen könnten, machen jetzt wieder in grundsätzlicher Politik. Man will jetzt sogar energische Unterstützungen der besetzten Gebiete, trotzdem ein führendes Organ der Deutschnationalen die „Deutsche Tageszeitung" die glatte Preisgabe der besetzten Gebiete gefordert hat.

Das Zentrum hat sich bisher noch sehr zurückgehalten. Wohl steht auf der Tagesordnung des Reichsparteiausschusses, die am 20. und 21. Januar in Berlin stattfindet, ein Vortrag des Prälaten Schofer über die Reichstagswahlen. Es ist notwendig, daß das Zentrum aus seiner Reserve heraustritt.

Im „Vorwärts" wird bereits die Regierung Marx als eine „Bedrohung für die arbeitenden Massen" dargestellt. Diese Behauptung, wie der ganze Aufruf des Vorwärts zeichnet sich nicht durch Ehrlichkeit aus. Das Programm und die Vergangenheit des Zentrumspartei widerlegen die Behauptung des „Vorwärts" zur Genüge. Wenn wir heute, Gott sei Dank, ruhige Währungsverhältnisse haben, so ist dies nicht das Verdienst der Sozialdemokratie. Nicht der Finanzminister Hilferding, sondern die Regierung Marx hat dies erreicht. Und wenn die Sozialdemokratie, die gewiß völlig ungenügenden Löhne der Staatsarbeiter und Beamten benutzen will, um daraus agitatorisches Kapital zu schlagen, so muß festgestellt werden, daß der sozialdemokratische Redner im Preußischen Landtag namens seiner Fraktion der Regelung der Bezüge für die preußischen Beamten ausdrücklich zugestimmt hat. Mit geschwollenen, sozialdemokratischen Aufrufen werden die Arbeiter und Beamten nicht satt. Auch sollte der „Vorwärts" nicht so tun, als ob die Sozialdemokratie der einzige Hort für „Freiheit der Meinung" sei. „Politische Kinder maßen sich an, politische Führer zu sein," so klagt der Abgeordnete Dittmann im Vorwärts vom 25. 12. 23 in einem Artikel „Sachsen ein proletarisches Trauerspiel". Der frühere sächsische Arbeitsminister und Vorsitzende des sozialen Textilarbeiterverbandes, Zäkel, der Plauen seit 1912 im Reichstage vertritt, ist von den dortigen Radikalinskis von der Kandidatenliste abgesetzt und durch Dr. Levi ersetzt worden. Die beiden bisherigen Landtagsvertreter von Plauen wurden ebenfalls als nicht genügend überzeugungsfest abgesägt. Einer der an die Stelle gerückten Kandidaten ist, wie der „Vorwärts" schreibt, „der Partei durch die Revolution zugeführt." In Zwickau ist der Landtagsabgeordnete Langhorst gezwungen worden, sein Amt als Bezirksleiter des alten Bergarbeiterverbandes zu kündigen, weil er mit der Mehrheit für die soziale Regierung Fellsch gegen eine kleine Gruppe Radikaler gestimmt hat.

Hätte die Sozialdemokratie früher ihre Anhänger statt lediglich für eine regierende, für eine staatserhaltende Politik erzogen, so würden ihr diese Dinge erspart geblieben sein. Das Zentrum hat stets ohne Rücksicht darauf, ob es in die Opposition gedrängt war, (Kulturkampf, Bülowblock) staatserhaltende Politik getrieben. Das Zentrum mußte, wie wiederholt seit der Revolution auch jetzt wieder als Rettungsanker vor dem Untergang dienen. Daß das Zentrum seinen von Freund und Gegner hochgeschätzten Vorsitzenden als Reichskanzler stellte, war eine Tat. Die Nachwelt wird das noch anerkennen. Mit kleinlichem Parteigeist ist der Wiederaufbau Deutschlands nicht möglich. Mut zur Verantwortung ist notwendig, um dies Ziel zu erreichen.

Auch die jetzt vielfach in der sozialistischen Presse gegen die Regierung Marx und gegen das Zentrum erhobenen Anschuldigungen wegen der Frage der Mehrarbeit erfolgen zu Unrecht. Im vertrauten Kreise ist die Sprache hierüber eine andere, wie in den auf die Wirkung auf die Massen berechneten Wahlartikeln der sozialistischen Tagespresse. Beweis: In Heft 10 der sozialistischen Monatshefte 1923 ist in einem Artikel Schippels folgendes zu lesen:

„Der Zwang zur Mehrproduktion kann nicht vor der Arbeiterschaft plötzlich Halt machen. Er setzt sich hier begreiflicherweise in die Pflicht zu persönlicher Mehrleistung um, die zum Teil durch intensivere Arbeit zu erzielen ist, wie sie häufig durch die stärkere Anwendung bestimmter Lohnformen, vor allem des Akkordlohnes gefordert wird, die man zum andern Teil so nach dem Berufszweige und Produktionsbesonderheiten durch zeitlich längere Arbeitszeit erreicht habe."

Also etwas mehr Mut und weniger agitatorische Mätzchenzüge. Nur dann kann das deutsche Volk aus dem jetzigen Elend herauskommen. Das Zentrum hat diesen Mut bis zur Selbstverleugnung bewiesen. Es kann daher mit gutem Gewissen in den Wahlkampf einziehen. Eine ehrliche Kritik braucht das Zentrum nicht zu scheuen. Und gegen unehrliche Kritik, sowie gegen agitatorische Phrasen wird es sich zu wehren wissen.

Die Ziele einer Regierung Macdonald.

Das Zentrum und der Separatistenterror in der Rheinpfalz. — Die Antwort auf die deutsche Denkschrift. — Die Militärkontrolle der Entente.

Macdonalds Programm.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

London, 9. Januar.

Ramsey Macdonald erklärte, die Arbeitslosigkeit sei auf die geringe Kaufkraft der Verbrauchermassen zurückzuführen. Zum ersten Male würde eine Arbeiterregierung, umgeben von Männern und Frauen, die Erfahrungen in den Arbeiterfragen hätten, diese Frage behandeln und dabei aber auch nicht vom reinen Lohn- und Erwerbsstandpunkt ausgehen. Ein wesentlicher Teil in dem Programm der Arbeiterregierung sei, dem Wohnungsmangel abzuhelfen und dort, wo sich Bankstoffmonopole befinden, diese zu beseitigen. Macdonald schloß seine Erklärungen: Dies sei keine Programmrede, sondern nur ein Versuch, darzulegen, in welchem Sinne die Arbeiterregierung die Arbeiterfragen regeln würde.

London, 9. Jan.

Ramsey Macdonald sagte in einer Aussprache bei einer Kundgebung der Arbeiterpartei:

Wir wollen das Amt nicht übernehmen, um allgemeine Wahlen vorzubereiten, sondern um zu arbeiten. Falls das Kapital aus dem Lande flüchte, wenn wir zur Macht kommen, werden die Leute dafür verantwortlich sein, die Panik hervorrufen, und nicht die Arbeiterpartei. Wir wollen alle Junken austreten, die vielleicht zum Krieg führen könnten. Der Streit zwischen Frankreich und England sei tief bedauerlich. Es würde ein großer Erfolg sein, wenn es möglich wäre, ein Einverständnis anfaßt den Weltbewerb um die militärischen Kräfte in Frankreich, Italien, Rußland, Deutschland, der Tschechoslowakei und anderen Nationen herzustellen. Die dünkelhafte Torheit, sich von Rußland fern zu halten, wird beendet werden müssen. Wir wollen das Amt übernehmen, um die großen Schwierigkeiten, die das jetzige Großbritannien, Europa und die ganze Welt bedrängen, zu beseitigen. Unsere Aufgabe ist es, alle Männer und Frauen, die guten Willens sind, und ein sicheres Urteil besitzen, zu mobilisieren. Wir fordern die liberale und konservative Partei auf, sich mit uns bei dieser Aufgabe zusammenzuschließen. Unsere erste Pflicht ist, die Vorbedingungen für den Frieden vorzubereiten. Es gibt keine Hauptstadt in Europa, die nicht bemüht wäre, den glimmenden Funken des letzten Krieges auszulöschen. Die Arbeiterpartei ist dazu berufen, die Friedenskräfte in allen Teilen Europas zu stärken. Wir wollen alles in unsern Kräften stehende tun, die Bedingungen für den internationalen Frieden zu schaffen. Die dünkelhafte Torheit, sich von Rußland fern zu halten, wird beendet werden müssen nicht aus dem Grund, daß wir mit dem einverstanden wären, was die russische Regierung getan hat, das ist nicht unsere Sache. Wir wünschen Handel und Verhandlungen, ein Einvernehmen aller Völker von Japan bis Irland.

Eine Zentrumsinterpellation bez. der Vorgänge in der Pfalz.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

vdz. Berlin, 9. Januar.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums hielt gestern abend eine gutbesuchte Sitzung ab, die sich bis 11 Uhr abends hinzog. Die Fraktion nahm zunächst ein Referat des Abgeordneten Allekotte über den Beamtenaubau entgegen und beschäftigte sich dann mit den Vorgängen in der Pfalz. Sie beschloß, eine Interpellation an den Reichstag zu richten in der es heißt:

Die in der bayrischen Rheinpfalz durch die Separatistenbewegung geschaffenen Zustände drängen mit Gewalt einer Katastrophe zu. Fast 70 000 freudeutsche Pfälzer werden von einer Bande verbrecherischen Gesindels in brutaler Weise gequält. Die Landesverräter haben die Ruhe und Ordnung des Landes gefährdet und mit anmaßender Gewalt bis zum 1. 1. 24 insgesamt 107 pflichttreue Pfälzer aus ihrer Heimat vertrieben. Der freie Meinungsaustausch der Presse wird tyrannisch unterdrückt. Dazu kommt, daß die Besatzungsbehörden in der Pfalz mit neuen rücksichtslosen Forderungen kommen. So werden von der Rheinlandkommission (Jurchkommission) in Koblenz bis zum 16. 1. 24 im Sinne einer Ausbeutung der Pfänder ein Holzhieb von 600 000 cbm. Derbholz im besetzten Gebiet verlangt, wovon auf die Pfälzer Waldungen allein zwei Drittel fallen. Die verheerende Wirkung solcher Waldausrottungen auf die Fruchtbarkeit und Wasserversorgung der ohnehin wasserarmen Pfalz ist ohne weiteres klar und braucht nicht erläutert zu werden.

Sind der Reichsregierung diese furchtbaren Zustände in der Pfalz bekannt? Ist sich die Reichsregierung der daraus entwachsenen Gefahr für das Volkstum in der Pfalz bewußt? Was gedenkt die Reichsregierung im Benehmen mit der bayrischen Landesregierung zu tun, um wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen und das Menschenrecht in der Pfalz wieder herbeizuführen?

Die französisch-belgische Antwort.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Januar.

Ueber die französisch-belgische Antwort auf die deutsche Denkschrift vom 24. 12. 23 will der Matin erfahren haben, daß die beiden Dokumente die Tür für zukünftige Verhandlungen nicht verschließe. Wahrscheinlich wird heute am Zuidersee die letzte Hand an die französische Note gelegt werden, die alsdann unverzüglich dem Botschaftsrat Hoesch zugestellt werden wird.

Die Militärkontrolle.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Berlin, 9. Januar.

Wie bereits in der ausländischen Presse ausgeführt wird, hat die Interalliierte Militärkommission der Reichsregierung mitgeteilt, daß am 10. und 12. Januar in einer Reihe von deutschen Städten Kontrollbesuche stattfinden sollen. Die Besuche sind, soweit bisher Nachrichten vorliegen, zum Teil auch Militärkontrollstellen zugedacht. Sie sollen indessen in Zivil stattfinden und werden auch sonst in einer Form vor sich gehen, die dem Feingefühl der zu kontrollierenden Stellen Rechnung tragen werden. Die zur Durchführung dieser Kontrollbesuche notwendigen Maßnahmen sind deutscherseits getroffen. Die Reichsregierung hat indeß der Interalliierten Militärkontrollkommission erklärt, daß ihrer Ansicht nach diejenigen Aufgaben, welche die Kommission mit den militärischen Stellen in persönliche Beziehung bringt, nunmehr als beendet angesehen werden müßte.

England und die Separatisten in der Pfalz.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Januar.

Havas berichtet aus London: Informationen aus guter Quelle zufolge habe die englische Regierung bei der französischen Regierung mehrere Schritte unternommen, um Erklärungen über die Haltung Frankreichs gegenüber den Separatisten in der Pfalz zu erlangen.

Kammerpräsident Peret.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Januar.

Die Kammer wählte in ihrer gestrigen Sitzung Paul Peret wiederum zu ihrem Präsidenten. Von 355 abgegebenen Stimmen entfielen 325 auf Peret. Sämtliche Vizepräsidenten der letzten Session wurden wiedergewählt. Die Kammer vertagte sich alsdann auf Donnerstag. In dieser Sitzung wird die Kammer die Rede des neugewählten Präsidenten anhören und die Tagesordnung regeln.

Die Vereinigten Staaten schicken Kriegsschiffe nach Mexiko.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Januar.

Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus Washington werden die Vereinigten Staaten Kriegsschiffe zum Schutz der amerikanischen Interessen nach Mexiko schicken. Huerta hat die meisten Petroleumquellen in der Hand und beabsichtigt, eine Ausfuhrabgabe zu erheben.

Die amerikanischen Sachverständigen.

Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros.

Paris, 9. Januar.

Zur gestrigen Erklärung Dawes und Owen Young schreibt Petit Parisien: Die amerikanischen Sachverständigen versuchen, da es wesentlich sei, zu einer raschen Regelung zu gelangen. Aus ihren Aeußerungen im Laufe der verschiedenen Unterredungen, die sie geführt hätten, erkennt man, daß nach ihrer Ansicht der erste Sachverständigenausschuß, der sich mit der deutschen Währung und dem deutschen Haushalt zu beschäftigen habe, sich eventuell auf einige Zeit nach Berlin begeben müßte. Wenn sie weiter erklärten, daß der Ausschuß ein geschäftlicher sei, so zeige dies, daß sie die Absicht hätten, die Gesamtheit des augenblicklichen deutschen Eigentums im Auge zu fassen und hieraus die ungefähre Zahlungsfähigkeit des deutschen Reiches zu bestimmen.

Das Entstaatlichungsproblem der Reichsbahn im Lichte der Kritik

Von Eisenbahninspektor Theodor Klein, Münster i. W.

Die Frage der Ueberführung der deutschen Reichsbahn in privatwirtschaftliche Betriebsformen war bekanntlich bereits in den Herbsttagen des Jahres 1921 angesichts der damals bestehenden Defizitwirtschaft dieses Unternehmens in ein akutes Stadium getreten. Daß es seinerzeit nicht zur Realisierung der Entstaatlichungsabsicht der führenden Persönlichkeiten in der deutschen Wirtschaft gekommen ist, war neben der entschiedenen Haltung der damaligen Regierung und der Mehrheit der parlamentarischen Instanzen nicht zuletzt dem geschlossenen Widerstande aller Arbeitnehmer-Großorganisationen zuzuschreiben, die sich auf den Standpunkt gestellt hatten, daß der erforderliche Gesundungsprozeß der Reichsbahn auch ohne ihre Auslieferung an das private Großkapital bei Durchführung gesunder wirtschaftlicher Grundsätze erreicht werden könne. Unmittelbar vor der Ruhraktion ging denn auch die erfreuliche Kunde durch den deutschen Blätterwald, daß die Reichsbahn ihre Einnahmen und Ausgaben in Einklang gebracht habe. — Dann kam der volle 8 Monate dauernde Ruhrkampf, der mit seinem für uns negativen Ergebnis die in der Vergangenheit besonder ergiebige Einnahmequelle der Reichseisenbahn im Zentrum der deutschen Wirtschaft zum völligen Versiegen brachte. Abgesehen von diesem unmittelbaren Verkehrsausfall mußten mittelbar auch die unproduktiven Betriebsleistungen nachteilig wirken, die aus der Notwendigkeit erwuchsen, den Betrieb auf teilweise weit ausholenden Umwegen zu führen. Dazu kam noch die außerordentlich verteuerte Materialbeschaffung. Diese für die Reichsbahn geradezu katastrophale Entwickelung der Dinge mußte ganz naturgemäß zu einer bedeutenden Unterbilanz in ihrem Haushalt führen. Hätten wir nun nicht gleichzeitig auch mit den mißlichen Verhältnissen in der gesamten Reichsfinanzgebahrung zu rechnen, so würde das durch den Ruhreinbruch der Reichsbahn erwachsende Defizit zweifelsohne durch entsprechende Reichszuschüsse ausgeglichen werden können. Denn der passive Abwehrkampf an Ruhr und Rhein war bekanntlich keine einseitige Aktion des Eisenbahnunternehmens gewesen, wenn gleich der personelle Apparat der Reichsbahn auch in der vordersten Abwehrlinie gestanden hatte, sondern eine solche des gesamten deutschen Volkes. So war die Reichseisenbahn schon durch den für uns so verhängnisvollen Ausgang des Rhein-Ruhrkampfes in eine außerordentlich prekäre Lage gekommen. Als dann am 15. November 1923 die Notenpresse stillgelegt wurde, stellte das Reich auch gleichzeitig alle Zuschüsse für die Reichsbahn ein, einschließlich derjenigen für das zwischen letztere und dem Reichsfinanzministerium vereinbarte Bauprogramm. Daß eine derartige finanzpolitische Maßnahme des Reiches zu außerordentlichen Schwierigkeiten für die Reichsbahn führen mußte, bedarf wohl nicht des Beweises.

Ein solcher Zustand der Verwirrung ist aber erfahrungsgemäß nur zu oft die Erntezeit der Klugen. Wie kann, so argumentierten diese, das Reich finanziell gesunden, wenn es seinen von ihm unterhaltenen Betrieben, insonderheit der nunmehr so verschuldeten Reichsbahn Zuschüsse leisten muß, anstatt mit ihnen Ueberschüsse zu erzielen! Das ist im hohen Grade unwirtschaftlich, einen solchen Luxus kann sich das arme Deutschland nicht leisten, hier muß grundsätzlich Wandel geschaffen werden. Alle Urteilslosen und Urteilsschwachen stimmen dem unbedenklich zu. Und die öffentliche Meinung ist rasch fertig mit ihrem Urteil. Sie folgert: Würde wohl ein Privatmann ein Transportunternehmen unterhalten, dem er erhebliche Zuschüsse geben muß? Nein, er würde es aufgeben oder seine Einnahme so erhöhen, daß er seine notwendigen Ausgaben damit deckt. Das ist kaufmännisch gedacht und richtig. Weil der Staat nun nicht so denkt und handelt, so ist er eben kein guter Kaufmann, also deshalb unfähig, ein solches Unternehmen zu leiten, und demzufolge muß der Betrieb in die Hände des guten Kaufmanns übergehen. Diese Beweisführung erscheint durchaus schlüssig, was Wunder, daß sie Anklang und Beifall in der Oeffentlichkeit findet.

In diesem Stadium allgemeiner Verworrenheit meldet sich nun auch jetzt wieder die deutsche Wirtschaft zum Wort und erklärt sich zur Rettungsaktion bereit. Natürlich nicht, ohne Gegenforderungen aufzumachen. Nach zuverlässigen Pressemitteilungen dauern die von privater Seite geführten Bemühungen an, die Reichsbahn nunmehr in eine Gesellschaft zu überführen. Es besteht allerdings der Eindruck, als ob auch die beteiligten Reichsstellen allen diesen Bestrebungen im Hinblick auf die außerordentlich gespannte Finanzlage der Reichsbahn nicht ablehnend gegenüber stehe, wenn es gelingt auf die

sem Wege, unbeschadet der Generalhypothek des Versailler Vertrages eine Möglichkeit zur Gesundung der Reichsbahn zu finden, Die D. A. Z., das führende Sinnesorgan, spricht sich in ihrer Nr. 582 vom 16. 12. 23 über die Zukunft der Reichsbahn u. a. wie folgt aus:

„Heute kann man nur feststellen, daß alle Momente **für die Privatisierung** der Eisenbahn — und auch die Post und die sonstigen Betriebsverwaltungen des Reiches werden diesen Weg gehen — sprechen. Die Zeit der Ueberlegung und Diskussion ist vorüber; die Zeit ist da, Konsequenzen zu ziehen."

In einer gemeinsamen Eingabe der deutschen Bauernvereine und des Reichslandbundes wird ein ähnlicher Standpunkt vertreten. Die beiden Großorganisationen fordern sodann u. a. kategorisch die Umwerfung unserer Verkehrsverwaltungen aus Zuschußbetrieben in Ueberschußunternehmen. Was in diesem Zusammenhange die deutsche Reichsbahn angeht, so übersieht man in diesen Kreisen anscheinend, daß wir einen **Weltkrieg** und einen **Ruhrkampf verloren** haben. Beide geschichtlichen Episoden haben bekanntlich unser staatliches Eisenbahnunternehmen außerordentlich in Mitleidenschaft gezogen und nicht zuletzt zu der gegenwärtigen Finanzmisere im Reichsbahnhaushalt beigetragen. Demgegenüber erbrachte die ehemals preußisch-hessische Staatsbahn allerdings steigende Ueberschüsse in Beträgen von 121,8 Millionen Goldmark im Jahre 1897 bis 234,1 Millionen Goldmark im Jahre 1913. Diese Ueberschüsse waren **Reinüberschüsse**, die für andere als für Eisenbahnzwecke den allgemeinen Staatszwecken zur Verfügung gestellt werden konnten. In Wirklichkeit waren es aber keine Ueberschüsse, sondern eine Herauspressung von Mitteln für allgemeine Staatszwecke unter **Außerachtlassung der Sorgfalt**, die von der Leitung eines solchen Unternehmens unbedingt gefordert werden muß. Niedrige Gehälter und Löhne bei ungebührlich langen Dienstschichten, Rückständigkeiten in der sozialen Fürsorge, Uebertragung höherer Verantwortlichkeiten und schwerer Dienstverrichtungen auf minderbesoldete Gruppen, Zurückhaltung in dem notwendigen Ausbau der Betriebseinrichtungen und das Fehlen jeglicher Rücklagen und Reserven, das waren die Mittel, mit denen solche Ueberschüsse, die dem Minister jährlich zwar reichen Beifall des unsachverständigen Landtages eintrugen, erzielt wurden, dafür aber zu Zeiten draußen zu schweren Störungen führten. Diese Ursachen können naturgemäß nur dem Eingeweihten bekannt sein; die breite Masse des Volkes sieht lediglich das krause Mißverhältnis zwischen **ehemals und jetzt**, und in ihren Augen muß jeder als Retter erscheinen, der vorgibt, Wege zur Abhilfe zeigen zu können.

Ich werfe nun in aller Oeffentlichkeit die Frage auf: Sollte die von der deutschen Wirtschaft im Interesse der Gesundung der Reichsbahn, **unter der Voraussetzung ihrer Privatisierung**, angebotene Hilfsaktion nicht doch auf bestimmte **Nebenansichten** hinauslaufen, wenn man sie auch mit **nationaler Begründung** zu umkleiden sucht? Oder glaubt jemand im Ernst, die gekennzeichneten Kreise drängten sich, die **Defizitreichsbahn** zu übernehmen, wenn sie nicht sicher wüßten, damit auf die Dauer ein glänzendes Geschäft machen zu können? Dieses Geschäft wird noch einträglicher, wenn man nach Art der Privatunternehmer, **die keinem verantwortlich sind**, weniger erträgliche Strecken lahmlegt und viele Tausend Arbeiter und Beamte wegen angeblicher Ueberfüllung auf die Straße setzt. Was gilt hier die Hebung der Volkswirtschaft, was soziales Empfinden, **was verbrieftes Recht der Beamten**, was Förderung **der Volkswirtschaft? Was gilt der Staat? Was** gilt die Reichseinheit? Dem **Privatunternehmer** braucht das alles keine Sorge zu machen; dem Staat als Unternehmer würde man solche Handlungen mehr verübeln und auch kaum gestatten. Es ist für den Privatmann natürlich sehr leicht, unrentable Strecken und Verkehrsbeziehungen aufzugeben, stark einträgliche Beziehungen noch stärker zu begünstigen und alles auf die Frage, was bringt mir der einzelne Betriebszweig ein? abzustellen, weil er die Folgen für die Allgemeinheit nicht zu tragen hat und für sie nicht verantwortlich ist. Geltung hat für ihn eben nur das finanzielle Erträgnis und die gute Dividende.

Man scheint in Wirtschaftskreisen aber auch zu übersehen, daß unsere Reichsbahn de facto ein Wertaktivum darstellt, das auf etwa 40 Milliarden Goldmark geschätzt wird, dem etwa einhalb Goldmilliarde Schulden gegenüberstehen. Ein solches Unternehmen ist also durchaus kreditwürdig, ohne daß es seiner Privatisierung oder Industrialisierung bedarf. Mögen die Einkommensverhältnisse der Reichsbahn im Augenblick noch traurig sein, die Eisenbahn bleibt deshalb doch ein überaus wertvoller Besitz, der in der Rechnung unseres gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Gesundungsprozesses mit als gewichtiger Faktor einzusetzen ist. Auch wird das Unternehmen schon unter dem Druck der Not von selbst zu einer Entbürokratisierung und Oekonomisierung übergehen müssen, wozu die Bestrebungen auch bereits seit geraumer Zeit im Gange sind. Selbstverständlich läßt sich durch Verminderung der Instanzen und der Beaufsichtigung, durch eine bessere Persönlichkeitsentfaltung und Selbständigkeit des einzelnen, durch Modernisierung des Schreibwerks und anderes mehr, der Haushalt auf der Ausgabenseite herabdrücken. Aber man gebe sich nur nicht der Illusion hin, daß sich dadurch etwa ein wesentlicher Teil des Fehlbetrages beseitigen ließe. Der Kaufmann weiß vielleicht doch nicht, welche Rolle die Zuverlässigkeit und Pflichttreue des Beamten in den **staatlichen** Verkehrsbetrieben spielt, welche Betriebsvereinfachungen im Verlaufe langer Jahrzehnte dadurch möglich waren und welche Umständlichkeiten und Sicherungen kaufmännischer Berufsart dadurch entbehrt werden konnten. Was also auf der einen Seite durch kaufmännische Methoden, die besonders auf den Verwaltungsdienst mehr zu übertragen, am Platze wäre, gespart würde, ginge durch Mehrausgaben im eigentlichen Verkehrsbetriebe wieder drauf.

Man würde sich aber auch kaum vorstellen können, daß die Verkehrsbetriebe des Reiches mit ihren großen Kulturaufgaben, namentlich hinsichtlich des Ausbaues des Bahnnetzes, mit ihrer prominenten Stellung in der gesamten Verkehrs- und Tarifpolitik nichts anderes mehr sein sollten als jede beliebige Erwerbsgesellschaft, deren Aufgabe darin besteht, im Verlaufe des Geschäftsjahres möglichst viel herauszuwirtschaften, möglichst hohe Eigengewinne zu erzielen. Und es müßte uns fast wie ein Traum anmuten, wenn künftighin einmal die öffentlichen Interessen, welche beispielsweise auch die **Reichspost** im Briefgeheimnis, im Zeitungswesen, in der Erschließung des offenen Landes fördert, einer bloßen privaten Erwerbsgesellschaft überantwortet werden würden.

Sodann wird es ganz besonders aber auch in **staatspolitischer** Hinsicht gleichgültig sein können, ob **in entscheidenden Momenten** das gewaltige Instrument der Verkehrsbetriebe sich in den sicheren Händen des Staates oder unter dem Einfluß von Industrie und Börse befindet. Die deutsche Wirtschaft ist zwar der Ansicht, daß durch die Entstaatlichung der Eisenbahn dieses Unternehmen möglichst den parteipolitischen Einflüssen entzogen werden müßte, denen die Eisenbahnwirtschaft im heutigen Staate zu sehr ausgesetzt sei. Das Eisenbahnwesen soll also auf dem Wege der Entstaatlichung entpolitisiert und gewissermaßen rein wirtschaftlich verschlicht werden. Es fragt sich jedoch, ob diese Zielsetzung durch eine Auslieferung der Eisenbahn an das Privatkapital, ganz besonders das großindustrielle, wirklich erreicht werden würde. Dem Großkapital ist es geradezu dadurch, daß es die Verantwortung für das heutige Regierungssystem ständig ablehnte und immer wieder seine privatwirtschaftlichen Interessen verfolgte, gelungen, durch die wirtschaftliche Macht auch einen gewaltigen politischen Einfluß zu erringen. Diese Machtstellung würde unstreitig noch außenpolitisch verstärkt werden, wenn neben der Warenerzeugung auch das ganze Eisenbahnwesen, und späterhin auch noch weitere Reichsbetriebe in die Hände dieser im politischen Leben heute unverantwortlichen Machthaber gelegt werden würde.

Es will mir scheinen, als wenn der Artikel 92 der Reichsverfassung, wonach die Reichseisenbahn als ein selbständiges wirtschaftliches Unternehmen zu verwalten ist, der Auffassung vom Erwerbscharakter der Eisenbahn in der öffentlichen Erörterung mehr und mehr Vorschub geleistet hat. Wenn dem so ist, dann war dieser Artikel zweifelsohne ein Mißgriff, geboren aus der Finanznot des Reiches. Er leitet die ganze Begriffsauffassung unzweifelhaft in falsche Bahnen. Die staatlichen Verkehrsbetriebe werden niemals den Staat aus der Finanznot befreien können. Die **Reichsfinanzverwaltung** möge nur ihres Amtes walten, nicht allein bez. der Beamten, Angestellten und Arbeiter, sondern ebenso sehr bez. der andern Erwerbskreise.

Aus staatspolitischen, volkswirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Gründen ist nach meiner Auffassung der Dinge die Domäne der amtlichen Verkehrsbetriebe unveräußerlich.

Reichskanzler Dr Marx zur Lage

WTB Reichskanzler Dr. Marx gewährte dem Chefredakteur der Braunschweiger Landeszeitung eine Unterredung, in deren Verlauf er u. a. ausführte:

„Es sind im wesentlichen **zwei Aufgaben**, die uns dusgelegt die Aufmerksamkeit der Regierung in Anspruch nehmen. Das ist **die Sorge um Rhein und Ruhr und die Sorge um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des deutschen Volkes.** Das Fundament für die Erhaltung unseres Staates bildet die Erhaltung der Lebens-, Arbeits- und Produktionskraft unseres Volkes. Daß unser Volk ohne schwere Schädigung durch diesen Winter kommt, ist die wichtigste Sorge der Regierung. Die Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, und bei deren Ergreifung sie nicht auf Beifall rechnen darf, sind bekannt. Sie heißen: **rücksichtslose Abdrosselung** aller irgendwie **entbehrlichen Ausgaben und rücksichtslose Steueraufnahme.** Die Erkenntnis, daß es gilt, Opfer zu bringen, hat erfreulicherweise zugenommen. Es ist bereits gelungen, die deutsche Wirtschaft vor dem Sturz in den Abgrund zu retten und unserem geplagten Volke ein festes Geld in die Hand zu geben. Das Ausland ist uns dabei durch caritative Hilfe in überraschend erfreulicher Weise zu Hilfe gekommen. Aber vor allem erforderlich ist, daß unser **Volk Selbstzucht übt**, daß der kleine Kreis, der noch immer nicht begriffen hat, daß es **eine Schande** ist, zu **schlemmen, wenn Hunderttausende von Volksgenossen darben**, sich des Ernstes der Situation bewußt wird und seine Haltung danach einrichtet und nicht durch sein Treiben die Achtung, die das deutsche Volk sich in der Welt zu erobern beginnt zunichte macht. **Die Rhein- und Ruhrfrage** und die **Reparationsfrage**, das sind nach der Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens durch eine gesunde Währung die **Schicksalsprobleme unseres Volkes.** Gegenüber diesen Dingen treten alle anderen Fragen in den Hintergrund.

Was den Gedanken der **Umgestaltung der Weimarer Verfassung** betrifft, so werden wir der Erörterung dieser Dinge auch im jetzigen Sturmlauf der Dinge nicht aus dem Wege gehen. Ich habe es ja bereits in meiner Rede vom 4. Dezember lebhaft beklagt, daß das Verhältnis zwischen Reich und Ländern in vielfacher Beziehung getrübt ist. Ich habe damals das Versprechen abgegeben, eine Besserung dieses Verhältnisses zu versuchen und womöglich herbeizuführen. An dieser Aufgabe halte ich fest und hoffe, daß sie sich mit umso weniger Schwierigkeit wird durchsetzen lassen, als die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Einmütigkeit aller Stämme bei den Gefahren, die uns von außen und innen drohen, in letzter Zeit gewachsen ist.

In erster Linie kommt als dringende Frage die **Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Länder** in Frage. Hierzu sind die **Vorbereitungen im Gange. Der Reichsfinanzminister hat** zu diesem Zwecke bereits mit den Ländern Fühlung genommen. Aber, wie gesagt, bei all diesen Fragen, so wichtig sie auch sein mögen, darf man doch nicht vergessen, daß die **Einheit der Nation unser kostbarstes Gut** ist, das aufrechtzuerhalten das dringendste Gebot der Stunde ist."

Staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Schulung

durch den Volksverein für das katholische Deutschland.

Der vom 2.—21. Dezember im Volksvereinsheim zu Paderborn (Inselbad) veranstaltete 17. staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Kursus des Volksvereins, der erste, welcher im neuen Heim stattfand, war von 20 Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands und aus den verschiedensten Berufsklassen besucht; unter den Teilnehmern befand sich u. a. ein Abgeordneter aus dem Freistaate Danzig und ein Mitglied des polnischen Landtages. Ueber den Verlauf des Kursus schreibt ein Teilnehmer folgendes:

Der erste staatsbürgerliche und volkswirtschaftliche Kursus des Volksvereins für das kath. Deutschland im neuen Heim zu Paderborn (Inselbad) ist zu Ende. Drei Wochen ernster Arbeit und großen Schauens sind vorüber und die Teilnehmer, die sich aus West und Ost, Süd und Nord zusammengefunden hatten, sind wieder auseinandergegangen. Was in diesem Kursus von den Lehrern des Volksvereins geboten wurde, das war der Geist aufrichtig ernsten Ringens, der sich mit den brennenden Fragen des Lebens auseinandersetzen wollte. Wie Schuppitar, daß der von furchtbaren Fieberschauern Geschüttelte nicht gesund werden kann, wenn es uns nicht gelingt, den Sitz des Uebels zu erkennen. Anstatt uns in der Zeit höchster nationaler und wirtschaftlicher Not zusammenzufinden, der uns Deutschen heilig sein sollte, auf dem Erbe unserer Väter, auf der heiligen Scholle des Vaterlandes, da verlieren wir uns in Parteigezänk und Klassenkampf — nicht bloß die Arbeiter fühlen ihn, nein, auch die anderen, die ihre eigenen egoistischen Standesinteressen auf Kosten der anderen durchzusetzen suchten — und ein Stand sucht den andern zu verdächtigen und anzuklagen. Damit muß endlich Schluß gemacht werden, denn wir alle sind schuldig, wir alle nicht rein. Zurück zum **Gemeinschaftsgedanken**, zum Genossenschaftsgeist unserer Väter, so klang es durch alle Verträge, die die Herren der Zentralstelle des Volksvereins aus M.-Gladbach uns hielten. Ein kraftvoller Lebenswille, uns als deutsches Volk zu behaupten, durch den allein wir den anderen Völkern, die heute voll Verachtung von uns als dem Volk der Bettler sprechen, wieder Hochachtung und Respekt abringen können, muß uns beherrschen. Wollen wir wieder ein Volk werden, dann muß ein jeder auf Deutschlands Erde, mag er einer Partei oder Konfession angehören, welcher er will, in sich den echten Staatsbürger, den echten **Menschen**, die Persönlichkeit erwecken, die weiß, was sie will, und die will, was sie soll. Dann muß in uns wieder wach werden, die Ehrfurcht vor uns selbst, vor dem Kind, der Jugend, der Familie, der Gemeinde, und damit auch die Ehrfurcht vor der großen, gottgewollten Lebensgemeinschaft unseres deutschen Volkes, zu dem wir nun einmal gehören.

Wieviele Deutsche wurden da zerstreut. Der Arbeiter erkannte, daß die Vertreter des Kapitalismus und der Industrie nicht ohne weiteres die nimmersatten Wölfe sind, und diese hinwiederum mußten hören, daß man auch im Arbeiter den Menschen sehen und schätzen muß, der Gottes Antlitz trägt und der ein Recht hat auf menschenwürdiges Leben. Da wurde gezeigt, daß auch zwischen den Bauern und den Städtern nicht jenes unselige Mißtrauen und Verdächtigen zu herrschen braucht, wie es uns nun seit Jahren entzweit. Des Bauern vornehmste Lebensaufgabe soll es sein, die Ernährung seines Volkes sicher zu stellen und immer unabhängiger vom Auslande zu machen, damit das

---

Nur ein Mädchen.

Eine einfache Erzählung aus dem Leben.

4) **Von B. v. Winterfeld.**

„Schade," sagte er. Dann gingen sie in den Garten und besuchten zusammen die alten Plätze.

„Weißt du, Heini," begann Lina, „ich schrieb dir doch, daß jetzt Herr von Rohrbeck auf sein Gut gezogen ist, das an Waldenstein grenzt; sein Sohn ist Kadett, und der hat jetzt auch Ferien und wird gewiß öfter herüberkommen.

In den Weihnachtsferien und Ostern war er auch manchmal hier. Er tut sehr fein in seiner Uniform und fragt mich sehr nach dir aus."

Auf Heinos Stirn lag eine Wolke. „Er wollte wohl von dir wissen, was für ein armer Schwächling ich bin?" kam es gepreßt von des Knaben Lippen.

„Das weiß ich nicht, aber ich habe ihm gesagt, daß du sehr klug und sehr gut bist, und daß ich dich lieb habe, wie meinen Bruder, und daß wir beide seit fünf Jahren Freunde sind. Da hat er gelacht."

Sie waren im Pferdestall angelangt, und die neue Ponyequipage wurde besehen und von Heino sehr bewundert. Der Kadett war bald vergessen.

Eines sonnigen Nachmittags ritten Heino und Lina auf den Ponys im Park spazieren, und der zuschauende Graf freute sich an den wachsenden Kräften und dem zunehmenden Geschick seines Neffen. Da rollte ein Wagen, und Herr von Rohrbeck mit Sohn wurde gemeldet. Die jungen Leute wechselten einen Blick, und Heino seufzte. Die Ponys wurden dem Stallknecht übergeben, und da trat von der Terrasse her der junge Gast schon auf sie zu. Die Knaben maßen sich mit einem Blick, Lina, im weißen Kleid, den runden Strohhut auf den blonden Flechten, stand zwischen beiden und sah halb verlegen von dem einen zum andern.

„Komm, Heini, laß uns Franz den Park zeigen, — du bist ja im Sommer noch nicht hier gewesen," wandte sie sich an diesen.

Der junge Kadett fühlte sich bald als Herr der Situation. Er begann mit Eifer Geschichten aus dem Korps zu erzählen und wußte alles mit so vielem Humor vorzutragen, daß zuweilen alle drei laut auflachen mußten. Mit viel Geschick wußte er sich selber meist als die Hauptperson und den Helden der Begebenheiten hinzustellen. So kamen sie an einen Bach, der einen Teil des Partes durchschnitt.

„O, die schönen Glockenblumen drüben!" rief Lina plötzlich, „wenn ich sie doch pflücken könnte!"

Ich werde sie holen," meinte der Kadett und krempelte rasch die Beinkleider auf.

„Ach nein, Franz! Du reißt die Blumen immer so kurz mit den Köpfen ab, das habe ich schon einmal gesehen, als du mir welche pflücktest, und die Stiele müssen ganz lang bleiben."

„So pflücke sie dir selbst, Lina!" Und ehe sie es sich versah, hatte er sie auf seine Arme gehoben und trug sie durch den Bach.

„Das brauchtest du gar nicht," schmollte sie, als sie drüben war, aber sie pflückte doch die Glockenblumen und sah dabei sehnsüchtig zu Heino hinüber, der mit abgewandtem Gesicht am anderen Ufer stand.

„Jetzt hast du wohl alle," lachte Franz. „Nun komm, daß wir die Rückreise antreten."

„Nein, ich mag mich nicht von dir tragen lassen." Sie wandte sich ab, und im Nu hatte sie die kleinen Lackschuhe und die Strümpfe abgestreift und sprang gedankenschnell mit den nackten Füßchen durch das klare Wasser zurück, auf Heino zu. Sie hielt ihm die Blumen hin: „Sieh, wie schön! Halte sie, bitte, bis ich mein Fußzeug wieder anhabe."

Als Franz herüberkam, war sie fertig.

„Warum wolltest du dich nicht zurücktragen lassen, das wäre für dich doch bequemer gewesen?" fragte er etwas gekränkt.

„Nun, weil ich mich eben nicht tragen lassen mag! Aber wir müssen jetzt zurück ins Haus zum Vesper."

Heino war noch stiller geworden, als es sonst seine Art war. Immer sah er in Gedanken den starken, schmucken Kadetten mit den stahlblauen Augen, wie er Lina, leicht als sei sie eine Feder, emporhob und durch das Wasser trug. Warum hatte er es nicht tun können? — Ach, wenn er doch einmal so stark würde! Wie schwächlich mochte er Lina neben Franz erscheinen! Und doch war sie immer so lieb und gut gegen ihn, gerade als ob sie seine Gedanken erriete und ihm das Schmerzliche daran erleichtern wollte. — —

So verstrichen die Tage. Der Graf ritt oft mit den Kindern durch die weiten Felder und Wälder seines großen Besitzes. Er weckte ihren Sinn für Natur, für Botanik und für die Tierwelt. Seltener Schmetterlingen wurde nachgestellt, die Sammlungen zu bereichern. War es sehr heiß, so saßen Heino und Lina unter der großen Linde, deren tiefhängende Zweige gleichsam eine Laube bildeten, und der Knabe las ihr von fernen Ländern und von den wunderbaren Erlebnissen abenteuerlustiger Helden vor, während sie mit einer Handschrift oder Malerei lauschend dabeisaß. Das waren immer herrliche Stunden, und sie zogen gemeinsam in Gedanken zu all dem fernen Unbekannten, das die Welt und das Leben für sie noch barg, und sie malten es sich schön aus, einmal zusammen fremde Weltteile zu durchstreifen.

Franz besuchte die Nachbarn öfter, aber diese Besuche störten immer die Gemütlichkeit etwas. Trotz seiner Unterhaltungsgabe und seiner vielen lustigen Einfälle blieb fast immer ein kleiner Mißton zurück, wenn er dagewesen war. Er betonte Heino gegenüber gern bei jeder Gelegenheit seine körperliche Ueberlegenheit, seine glänzenden Fortschritte auf der Schulbank, und das bedrückte dann stets den schwächlichen Knaben, dessen Gesundheit nur eine Ausbildung durch Privatunterricht ermöglichte.

Eines Abends, als Franz sie eben verlassen, sagte Heino traurig: „Linchen, ich muß dir schrecklich dumm und verächtlich neben Franz vorkommen!"

Sie legte seinen Arm um seinen Nacken und erwiderte liebevoll: „Du sollst so etwas nie sagen, Heini, du weißt, was ich von dir denke; — Franz kommt mir übrigens gar nicht klug vor, trotz seiner hohen Klasse, ich finde ihn dumm, weil er immer nur prahlen kann."

Im nächsten Jahre wurde Heino eingesegnet. Der Graf reiste mit Lina nach Seeburg. Zum erstenmal sah sie Heinos Heimat — seine Eltern. Die Baronin blickte das zwölfjährige Mädchen prüfend an, das voll lieblicher Frische und Kindlichkeit und doch fast schon jungfräulich vor ihr stand. „Also dies ist die kleine Fee, die an Heino das Wunder vollbracht," sagte sie, indem sie einen flüchtigen Kuß auf die weiße Stirn drückte.

„Dies ist Heinos Mama," dachte Lina. Sie hatte sich eine Mutter so anders gedacht.

Die Einsegnung verlief schön und feierlich, und die Anwesenden schienen bewegt, oder waren es auch wirklich. Am meisten Lina. Heino war ernst und still nach seiner Art und schien reifer, als es sonst junge Leute mit sechszehn Jahren zu sein pflegen.

Als er nachmittags mit Lina durch den Garten ging, der das alte, düster blickende Gutshaus umgab, sprachen sich beide über das aus, was heute am meisten ihre Herzen bewegt hatte. Das Mädchen hatte ihren Arm in den seinen gelegt und sah liebevoll zu ihm auf.

„So, Heini, nun bist du ein erwachsener Mensch, und ich bin noch ein Kind; da bin ich doch noch weit hinter dir zurück"

„Du bleibst immer mein kleiner Freund, Linchen, das weißt du ja."

„Ja, Heini, und denkst du noch manchmal daran, wie wir uns zuerst kennen lernten? Da sagte ich, wir wollten immer Gott bitten, daß er dich gesund und stark machen möchte. Und nun bist du auch wirklich so viel gesünder geworden, als du damals warst, dein Husten ist fast ganz fort, und du brauchst gar nicht mehr zu stottern. Wie hat er doch meine Gebete erhört!"

„Du gutes Linchen, wie danke ich dir für alle Liebe, die du mir immer erwiesen! Mein Leben war so dunkel, bis ich dich kennen lernte; da fing es auf einmal an hell zu werden, und dann ist es immer heller geworden."

„Heini, der Pastor sagte doch heute, daß das Leben so viele Versuchungen, Kampf, Trübsal bringt; mir wurde ganz bange — aber versprich mir, — was auch kommen mag — wir bleiben doch Freunde immer — immer!?"

(Fortsetzung folgt.)

schändliche Wort von den 20 Millionen Menschen, die in Deutschland zuviel sind, sich nicht erfülle. Der Handwerker und Gewerbetreibende muß zurückkehren zum alten Berufsstolz, die aus innerstem Drang heraus ihr Bestes zum Wohl der Allgemeinheit zu geben bereit sind. Um vieles wären wir heute weiter im deutschen Vaterlande, wenn wir uns im Geiste der Gemeinschaft echter, aufrichtiger Schicksalsgemeinschaft verbunden gesehen hätten und nicht immer im andern nur den Ausbeuter und uns selbst nur als das ausgebeutete Objekt betrachtet hätten.

Wir haben einen tiefen Blick in die großen weltwirtschaftlichen Zusammenhänge getan und lernten erkennen, daß das deutsche Volk trotz aller Not ringsum noch eine Mission unter den Völkern der Erde zu erfüllen hat, weil man Deutschland, wenn es sich endlich von seinem Rausch erholt haben wird, ohne sich am eigenen Fleische zu schaden, aus der Verbindung der Weltwirtschaft losreißen kann.

Wir sind dem Volksverein von Herzen dankbar für alle diese Anregungen und Aufklärungen; was hier die Dozenten an vaterländischer aufbauender Arbeit leisteten, das muß man an sich selber erfahren haben, und wir können deshalb unseren Brüdern im weiten deutschen Vaterlande, dringend raten, sich einmal zu Füßen Dr. Piepers und Rektor Heinens zu setzen. Eine neue Welt wird ihnen aufgehen wie sie auch uns aufging.

Eine große Freude erlebten wir, als eines Abends der hochwürdigste Bischof Dr. Kaspar Klein von Paderborn im Volksvereinshaus erschien. Se. Bischöfl. Gnaden ließ sich jeden einzelnen der Teilnehmer vorstellen und unterhielt sich in liebenswürdigster Weise mit jedem einzelnen. Auf eine kurze Begrüßung seitens eines Kursisten ergriff der hochwürdigste Herr das Wort und erzählte, wie er schon als junger Kaplan mit dem Volksverein in Berührung gekommen sei, er sprach von seinem alten Freunde Prälat Franz Hitze, der ihm den Weg zum Priesterstum gezeigt habe, von seinem ehemaligen Mitkaplan, dem späteren Volksvereinsgeneraldirektor August Pieper, mit welchem ihn bis auf den heutigen Tag eine innige Freundschaft verbinde, und von all den großen Männern des Volksvereins, wie Franz Brandts, Carl Trimborn, Adolf Gröber und dem jetzigen hochverdienten ersten Vorsitzenden des Volksvereins für das kath. Deutschland, Wilhelm Marx, der jetzt als Reichskanzler die Geschicke des Vaterlandes zu lenken berufen ist.

Alles in allem, es waren Stunden edelsten, reinsten Genusses, die wir hier erleben durften und die Anregungen, die wir hier empfingen, werden ihre Frucht tragen zum Segen für Volk und Vaterland.

Ortsnachrichten aus dem Kreise Olpe

w **Olpe**, 10. Jan. **(Es bleibt bei der alten Polizeistunde.)** Ein Berliner Mittagsblatt brachte die Nachricht, (Vgl. Nr. 7 S. B.), daß durch Verfügung des preußischen Innenministeriums die Polizeistunde an Sonnabenden und Sonntagen auf 1 Uhr verlängert worden sei. Wie der amtliche preußische Pressedienst hierzu mitteilt, ist diese Meldung falsch. Das preußische Ministerium des Innern denkt nicht daran, von seinem bisherigen Standpunkt abzugehen und ist nicht bereit, die Polizeistunde zu verlängern.

p. **Olpe**, 9. Jan. **(Postverkehr mit dem besetzten Gebiet.)** Einige Paketversender haben die Warnung von Versendung verbotener Waren in Postpaketen im Verkehr zwischen dem unbesetzten und besetzten Gebiet unbeachtet gelassen. Dadurch sind Unzuträglichkeiten im Verkehr mit den Zollstellen und beträchtliche Verzögerungen in der Beförderung der Sendungen entstanden. Außerdem haben die Zollstellen angedroht, daß sie künftig alle Pakete mit verbotenen Gegenständen beschlagnahmen und sofort versteigern werden, ohne daß die Absender irgend eine Entschädigung erhalten. Es besteht auch die Gefahr, daß der Paketverkehr wieder gänzlich gesperrt wird. Die Aufrechterhaltung des mit großer Mühe in Gang gebrachten Paketverkehrs ist nur möglich, wenn die Versendungsbedingungen, über die die Postanstalten Auskunft erteilen, peinlich beachtet werden.

:: **Lütringhausen** bei Olpe, 10. Jan. Vor einigen Wochen stieß, wie berichtet, dem Heizer A. Zeppenfeld von hier in Ausübung seines Berufes ein Unglücksfall zu, so schwer, daß er Aufnahme im Kirchener Krankenhaus finden mußte. Nun hat der Tod den Unglücklichen nach schmerzlichem Krankenlager von seinen Qualen erlöst. Der hartgeprüften Familie Z. bringt man allgemeine innigste Teilnahme entgegen.

:: **Neuenkleusheim**, 10. Jan. Hier fanden die Weihnachtstage einen würdigen Abschluß durch eine Familienfeier des hiesigen Arbeitervereins am Feste der hl. 3 Könige. Das sehr reichhaltige und abwechselungsreiche Programm hielt die Feier 3 Stunden hin. Als Einleitung diente das Lied „Stille Nacht, heilige Nacht"- das, von den frischen Klängen der Musik begleitet, im strahlenden Lichterglanz eines prächtig geschmückten Christbaumes gesungen wurde. Nach einigen warmen Begrüßungsworten gelangte das sehr zeitgemäße Weihnachtsschauspiel „Friede den Menschen auf Erden, die eines guten Willens sind" zur Aufführung. Nach Aufführung zweier Lustspiele hielt unser neuer Vikar Hesse einen Vortrag über das Thema: „Pflicht und Segen der Arbeit". Zum Schlusse fanden eine kleine Verlosung und die Versteigerung des Weihnachtsbaumes statt. Die Pausen wurden ausgefüllt durch Konzertstücke, gespielt von unserer bewährten Musikkapelle. Eine besondere Ehrung erfuhr die Veranstaltung durch unseren hochwürdigen Pfarrer und Dechanten Heuel, der trotz seines hohen Alters und seiner Kränklichkeit es sich nicht nehmen ließ, an der Feier teilzunehmen und sein reges Interesse für gute Volksunterhaltung zu bekunden. Ein besonderes Lob sei auch an dieser Stelle den jugendlichen Schauspielern ausgesprochen, die eine schöne Probe ihres Könnens abgelegt haben. „Gott segne die christliche Arbeit!"

Schnee und Sport.

WTB Winterberg, 9. Jan. **(Telegr.)** Schneehöhe 90 Ctm., Witterung: Schneefall, 5 Ctm. Neuschnee bis jetzt. Sämtliche Schneebahnen sehr gut.

Wirtschaftsteil.

Erstmaliger Ausweis der deutschen Rentenbank.

Monat November und Dezember 1923

WTB Berlin, 9. Jan. 1924.

Aktiva:	30. 11. 23	31. 12. 24	
Belastung der Wirtschaft zugunsten der Rentenbank	3 200 000 000	3 200 000 000	M.
Bestand an Rentenbriefen am 30. Nov. 23	1 560 000 000	2 400 000 000	„
Darlehen an das Reich unverzinslich	200 000 000		
	200 000 000		
verzinslich	565 000 000		
	1 000 000 000		
Darlehen für die Wirtschaft	keine		
„ „ „ Reichsbank	keine		
„ an die Notenbank	keine	33 000 995	„
Darlehen für Ingangbringung des Giro- u. Postscheckverkehrs	keine	210 000 000	„
Kassengiro, Post- und Bankguthaben	2 162 670	11 268 754	„
Mobilien und Büroutensilien	400	51 600	„
Passiva:			
Grundkapital	2 400 000 000	2 400 000 000	„
Grundrücklagen	800 000 000	860 000 000	„
Umlaufende Rentenmarkscheine		765 905 000	„
Davon entfallen auf Reichskredite 1 200 000			
Rentenbank 33 955 000			
Kassendurchgang		8 004 853	„
Umlaufende Rentenbriefe	keine	16 000	„
Sonstige Passiva		1 560	„

Ist die Rentenmark in Gefahr?

In der letzten Zeit sind am Devisen- wie überhaupt am Geldmarkt Dinge vorgegangen, die mit ruhiger, sachlicher, und vor allem durchaus unabhängiger Kritik zu beleuchten wir für unsere dringendste Pflicht halten. Militärische Verwarnungen und Verbote, wie sie jetzt in Berlin gegen verschiedene Wirtschaftsschriftsteller wegen Erörterung dieser Fragen Platz gegriffen haben, können uns nicht beirren, in dem ehrlichen und starken Bestreben, in Sorge um das Wohl der Allgemeinheit gefährliche Entwicklungen aufzuzeigen, und Mittel und Wege für die Verhütung größten wirtschaftlichen und zugleich politischen Schadens anzugeben.

Die Rentenmark ist tatsächlich in Gefahr. Es sind Kräfte, die außerhalb und innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich betätigen, um die jetzige Stabilität der Rentenmarkbasis. Es wird mit den ungeheuerlichsten Mitteln, an deutschen wie an ausländischen Börsen gewühlt, um zu dem Ziel zu kommen. Man arbeitet dabei auch mit den übelsten Börsengerüchten, ja sogar mit Falschmeldungen, wie die den Anlaß zu der großen Beunruhigung auch im Innern gebende Newyorker Meldung einer Kursparität von 5 Billionen für den Dollar gegenüber 4,2 Billionen unserer eigenen Notierung bewies. Obwohl diese Newyorker Kurse absolut nicht offiziell, sondern nur nominell sind, also nur gesprochen werden, und obwohl alle Unterrichteten wissen, daß an dieser Newyorker Kursbildung sich die seriöse Finanz überhaupt nicht beteiligt, hat diese Meldung den allerschwersten Schaden angerichtet. Sie traf zudem garnicht zu. Erst die Nervosität, die dann bei uns im Wirtschaftslager Platz griff, hat zu großen Angstkäufen seitens der auf ausländischen Rohstoffbezug stark angewiesenen Industrie im Gefolge davon zu starken und weit über den normalen Bedarf hinausgehenden Devisenanforderungen von wirtschaftlicher, vor allem aber auch spekulativer Seite geführt, und erst daraufhin ist allerdings im Auslande auch offiziell die Mark schlechter gemeldet worden. Gewisse Elemente, die an einer zweiten Inflation das allergrößte Interesse haben, glaubten die Stunde für gekommen, um einen großen Vorstoß gegen die Reichsbank unternehmen zu können. Man kann heute wohl sagen, daß die Gefahr, die sich aus dieser Aktion ergab, und die riesengroß war, fürs erste überwunden ist. Die Reichsbank hielt stand, und konnte standhalten. Dank der Devisenpolitik der letzten Wochen, die ihr gestattete, einen größeren Fonds für Interventionszwecke aufzuspeichern. Denn darüber mußte man sich in allen beteiligten Kreisen vollkommen klar sein, daß die Spekulanten ihre Hoffnungen noch nicht aufgegeben haben, und daß sie nur auf die Gelegenheit lauerten, und auch weiterhin lauern werden, um einen entscheidenden Stoß zu führen.

Es war ganz interessant zu beobachten, wie die Schieber und Spekulanten der Berliner Luft entflohen, als sie bei der anhaltenden Stabilität nichts mehr verdienten. In Scharen verließen sie Deutschland, und besonders konnte man das auch in dem besetzten Gebiet wahrnehmen, als durch die deutsche Stabilität einerseits und durch den Sturz des französischen Franken andererseits der ganze Troß, der bisher ein Schmarotzerleben sich gestatten konnte, plötzlich in die peinlichste Situation sich versetzt sah, und schleunigst nach Paris zurückwanderte. Straßburg und Paris sitzen heute voll von solchen Schiebern und Spekulanten und ihrem naiß weiblichen Anhang. Inzwischen haben diese Elemente in Paris ein ganz günstiges Feld für ihre weitere Schiebertätigkeit gefunden. Das steige Sinken des französischen Franken entschädigt sie für den Entgang der Berliner Inflationsgewinne.

Es ist eine, noch nicht einmal schöne Mär, daß deutsche Banken und Kapitalisten den Sturz des französischen Franken „beschlossen" hätten. Die Frankfurter Bankierkonferenz, von der französische Blätter schreiben, hat überhaupt nicht stattgefunden. Der Sturz des französischen Franken ist ganz einfach der Ausdruck des Schwindens des internationalen Vertrauens zu Frankreich auf Grund seiner alle wirtschaftlichen Werte in Europa vernichtenden Politik. Nicht deutsche Kräfte sind es, die den französischen Franken zu beunruhigen, ein Interesse haben, wohl aber haben wir bestimmte Beweise dafür, daß von Paris her durch ein internationales Schieber- und Spekulantentum, das sich bisher in Wien und Berlin vollgesogen hat, unter dem Schutze bestimmter französischer Börsenkreise auf dem Umwege über internationale Börsenplätze, ein Ansturm gegen die deutsche Rentenmark unternommen wird. Soweit also Gefahr für die Rentenmark von außen besteht, dürfen wir hoffen, daß wir sie meistern können. Aber um nicht geringer müssen

die Gefahren von innen heraus

eingeschätzt werden, die tatsächlich für die Rentenmark bestehen. Und diese Gefahren sind in der furchtbaren Finanzlage des Reiches und in den fortgesetzten Bedürfnissen der Länder und Gemeinden begründet. Nach dem neuen Ausweis der Reichsfinanzverwaltung hat das Reich immer noch einen täglichen Zuschußbedarf von 10 Goldmillionen. Dieser Bedarf ist immer noch enttetzlich, auch wenn man mit Genugtung feststellen kann, daß er wesentlich gegenüber den bisherigen Verhältnissen zurückgegangen ist. In der Zeit vom 21.—30. November betrug er noch 30 Goldmillionen täglich. In der Zeit vom 1.—10. Dezember noch 18 Millionen Goldmark, und in der Zeit vom 11.—20. Dezember noch 13 Millionen Goldmark täglich. Die Kapitalbedürfnisse der einzelnen Länder haben vielfach bedenkliche Maßnahmen gezeitigt. Die sächsische Regierung beabsichtigte beispielsweise die Ausgabe von Rentenmark-Schaßscheinen bis zu 5 Goldmark. Hier wäre auf Umwegen sofort eine Inflationsgefahr für die Rentenmark als solche gegeben, und man kann es nur billigen, daß die Reichsregierung sofort gegen die Verwirklichung dieser Absicht eingeschritten ist.

Die Rentenmark ist nur dann ungefährdet, und wird nur dann in ihrer jetzigen Verfassung sich durchsetzen können, wenn sie mengenmäßig unter allen Umständen unangetastet bleibt. Noch so gut fundierte Rentenpfandbriefe würden nicht hinreichen, die Rentenmarkwährung zu schützen, wenn es zugelassen würde, die einmal festgesetzten Zahlungsmittelmengen zu vergrößern, um auf diese Weise zusätzliche Kaufkraft zu schaffen. Die Folgen würden wir alle wieder zu tragen haben, in einer neubeginnenden Teuerung, und wir wären am letzten Ende, wie die erste Inflation uns doch gerade zur Genüge vor Augen geführt hat, schlimmer daran, wie je zuvor. Es hat ohnehin zu besorgen, daß auf dem Umwege über steigende Warenpreise eine Inflation hintenherum in Gang gesetzt wird, und die berufenen Amtsstellen haben die Pflicht, mit größter Aufmerksamkeit solche Dinge zu verfolgen.

Eine neue Inflation muß unter allen Umständen ausgeschaltet sein. Es ist gewiß richtig, daß wir sehr schwere Opfer hinnehmen müssen, um dieses Ergebnis zu erzielen, aber lieber wollen wir für einige Zeit uns allerorten die größten Entbehrungen auferlegen, als daß wir von neuem in ein noch fürchterlicheres Währungselend uns stürzen lassen. Die Kapitalsbedürfnisse des Reiches, der Länder und Gemeinden müssen auf anderm Wege als durch eine Vermehrung der Zahlungsmittelmengen befriedigt werden. Einmal müssen die Kräfte im Innern durch größtmöglichste Produktivität einerseits und durch die stärkste Ausgabendrosselung andererseits in der Richtung der Kapitalneubildung gesetzigt werden, und zum zweiten müssen wir durch äußere Hilfe, sei es in Krediten, sei es in Lieferungen, sei es durch Maßnahmen des Exportverkehrs, die zusätzlichen Kapitalshilfsmittel uns beschaffen, die im Zeichen der Inflation von der Notenpresse hergestellt wurden. Was uns aber als mit das Wichtigste erscheint, das ist die bewußt und mit organischen Mitteln herbeigeführte Verknappung am Geldmarkt. Hier liegt die Quelle für den Preisabbau, weil von hier aus der Druck zur Lockerung von Warenbeständen ausgeht, hier liegt aber auch der Schlüssel für die wirkliche Beruhigung des Geldmarktes. Für die soliden Elemente in der Wirtschaft, die unter dem gegenwärtigen Zustand der Stabilität der Währung förmlich aufgeatmet haben, bedeutet die daraus zweifellos sich ergebenden Schwierigkeiten und Einschränkungen keine Belastungen und auf die übrigen, nur aus Gewinnsucht handelnde Elemente brauchen wir nicht die geringste Rücksicht zu nehmen. Die Schwierigkeiten des Reiches in der Sicherung seiner Währung sind so furchtbar, daß nur durch einhelliges Zusammenarbeiten aller anständigen Elemente das große politische Ziel erreicht werden kann.

Die Stabilmachung der Rentenmark.

In einem Vortrage in der Berliner Handelskammer über die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenmark verwies Geheimrat Hilger, Mitglied des Verwaltungsrats der Rentenbank und Vorsitzender des Reichslandbundes darauf hin, daß der Staat zur Stabilmachung der Rentenmark unter allen Umständen das Budget ausbalanzieren müsse. Hilger glaubt, daß das der Finanzminister in seine dahingehenden Bemühungen Erfolg haben werde. Die Wirtschaft müsse die Bestrebungen der Rentenbank unterstützen durch rücksichtslosen Preisabbau und ebenso die arbeitende Bevölkerung durch Abbau der Arbeitssyndikate, eine vernünftige Lohnpolitik und eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit.

Die Abwehr einer neuen Inflation

ist die Hauptaufgabe, die den maßgebenden Regierungsstellen bei der gegenwärtigen Lage des Geldmarktes obliegt. Die beteiligten Ressorts der Reichsregierung beschäftigen sich sehr lebhaft mit all diesen Fragen. Die Vermehrung des Papiergeldumlaufs von 400 auf 500 Trillionen braucht keine Sorge vor einer neuen Inflation aufkommen zu lassen, weil diese Mittel einmal dazu benutzt wurden, um das werbeständige Notgeld einzuziehen, und weil zum zweiten die Reichsbank in großem Maße mit Papiermark Devisen aufkaufte. Und dieser Devisenfonds der Reichsbank gibt augenblicklich die Möglichkeit, um gegenüber den Vorstößen gegen Devisenkurs und Rentenmark mit Erfolg zu intervenieren.

Der Sturz des französischen Franken

darf nicht nur wirtschaftlich, sondern er muß auch politisch gesehen werden. Wir haben es bereits erleben können, daß die französische Presse sich in den schärfsten Angriffen gegenüber Deutschland ergeht mit Vorwürfen, als handle es sich bei dem Frankensturz um eine von Deutschland ausgesonnene und von bestimmten ausländischen Finanzgruppen mitgemachte teuflische Aktion gegenüber Frankreich, um es in der Reparationspolitik gefügig zu machen. Davon kann natürlich gar keine Rede sein. Daß sich spekulative Elemente sofort solche wirtschaftlichen Erscheinungen zunutze machen, ist ganz selbstverständlich. Das haben wir ja in Deutschland zur Genüge erfahren. Aber ebenso wie bei der deutschen Währungszerrüttung die eigentlichen Nutznießer ganz andere als deutsche Elemente waren, ebenso wenig sind es deutsche Kräfte, die jetzt an der Berliner Börse in der Lage, oder auch nur Willens wären, in eine den französischen wirtschaftlichen Interessen abträglichen Sinne zu intervenieren. Es ist für die Außenpolitik gewiß nicht unwesentlich, daß die französische Regierung nun selber sieht, wohin das schwindende Vertrauen des Auslandes die eigene Währung bringen. Aber andererseits müssen wir doch auch feststalten, daß ein größerer Frankensturz, der die französische Wirtschaft unmittelbar in Mitleidenschaft ziehen müßte, für die deutschen Interessen ganz zweifellos unerwünscht, ja im höchsten Grade schädlich und gefährlich wäre. Denn wir müssen uns darauf gefaßt machen, daß letzten Endes die Auswirkungen solcher Verhältnisse Deutschland und namentlich die besetzten Gebiete zu fühlen bekämen. Wir können nur wünschen, daß die der französischen Bevölkerung jetzt sehr drastisch vor Augen geführten Folgen der Politik ihrer Regierung ein größeres Verständnis für die deutsche Lage weckt.

WTB Berlin, 9. Jan. **(Telegr.)** Die **Reichsindexziffer für die Lebenshaltung** (Kleidung, Ernährung, Wohnung, Beleuchtung und Heizung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 7. Januar auf das 1,13 milliardenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem 29. 12. 23 (1,17 Milliardenfache) ist demnach eine Abnahme um 1,5 Prozent zu verzeichnen.

WTB Berlin, 9. Jan. **(Telegr.)** Die auf den Stichtag des 8. 1. errechnete **Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem** Stande vom 2. Januar (122,4) einen **Rückgang** von 2,2 v. H. auf 119,7. Von den Hauptgruppen sanken die **Lebensmittel** im Großhandel um 1,7 v. H. auf 106,9, davon die Gruppen Getreide und Kartoffeln um 2,5 v. H. auf 84,2, die **Industriestoffe** um 2,9 v. H. auf 143,6, davon die Gruppe Kohle und Eisen unter Berücksichtigung der am 4. Januar bekanntgegebenen (vom 1. 1. 24 gültigen) Herabsetzung der Roheisenpreise um 4,7 v. H. auf 140,2, ferner die Auslandswaren um 3,1 v. H. auf 111,7, während die Ausfuhrwaren um 1,2 v. H. auf 159,9 anzogen.

Vereine und Veranstaltungen.

!! **Olpe**, 10. Jan. Heute abend findet die letzte Vorführung des hiesigen **Turnvereins** im kath. Vereinshaussaale statt. Wir möchten nicht versehlen, noch einmal darauf hinzuweisen, daß sich keiner die letzte Gelegenheit entgehen lassen sollte, dieser Veranstaltung beizuwohnen, da der Turnverein etwas wirklich Schönes und Gutes den Besuchern bietet.

:: **Olpe**, 10. Jan. (2. Konzert in der Sennerstube.) Nachdem wir vor kurzem der vollendeten Gesangskunst eines Rehkemper lauschen durften, werden wir am Sonntag Gelegenheit haben, eine der gefeiertsten Sängerinnen Deutschlands in Olpe zu hören. Die Münchener Konzertsängerin Frau Merz-Tunner dürfte als Oratorien- und Liedersängerin z. Zt. wohl kaum ihres gleichen finden. So schreibt u. a die Koblenzer Zeitung vom 27. November 1921.: Die beste Solistin des Abends war wohl Amalie Merz-Tunner (München). Ein schlackenfreier, leuchtend klar zur Höhe steigender Sopran voll quellender Fülle und dramatischer Durchschlagskraft, zugleich aber von mühelos fließender Geschmeidigkeit, eine vollendete Stimmtechnik, die dramatische Deklamation, Cantilene und Koloratur gleich virtuos beherrscht, vollendete Sicherheit der Atemführung, hoch entwickeltes musikalisches Gefühl und höchste künstlerische Kultur — alle diese Vorzüge vereinigen sich, um der Leistung ein Gepräge künstlerischer Reife aufzudrücken, vor der jede Kritik bedingungslos die Waffen streckt. Berg.-Märkische Zeitung vom 19. 1. 22.: Ein Sopran, blühend, reich strömend, voll und rund noch im zartesten Piano, von wundersamer Leuchtkraft, von jenem geheimnisvollen unerklärlichen Seelenklang, der unwillkürlich im Innersten ergreift und Tränen in die Augen treibt. Aber nicht allein diese Stimme ist es, die dieses Wunder wirkt, auch die Art und Weise wie die Künstlerin singt. Wie da die Töne über dem Atem stehen, wie sie an- und abschwellen, zusammengebunden werden und sich wie

der lösen, befreit von aller Erdenschwere, wie jede Silbe klanglich ausgekostet wird und noch streng im Rhythmus bleibt, wie auch jeder Konsonant sorglich betreut wird und melodisch mitklingt, das bedeutet in seiner Vereinigung ein Können, wie man es auf dem Konzertpodium nur äußerst selten findet. — Die Begleitung am Flügel hat der vom letzten Feuermann-Konzert hier noch in bester Erinnerung stehende Musikdirektor Weisbach-Hagen übernommen. So steht uns also am Sonntag wieder ein hoher musikalischer Genuß bevor. — Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß nach dem erheblichen geldlichen Defizit des Rehkemper-Konzertes, die Fortführung der Seminarkonzerte und die Herabsetzung der Eintrittspreise nur durch freiwillige Stiftungen ermöglicht worden sind. Möge das Bestreben, nur allererste Künstler für die Olper Seminarkonzerte heranzuziehen, durch einen vollzähligen Besuch unterstützt werden. Auswärtige Besucher können zur Rückfahrt den Zug 7,21 Uhr abends nach Finnentrop benutzen.

Provinzielles.

* **Herdorf**, 9. Jan. Laut Sieg. Ztg. haben sich sämtliche Arbeiter der Friedrichshütte, etwa 220 Mann, durch Unterschrift bereit erklärt, täglich zehn Stunden Arbeit zu leisten.

* **Düsseldorf**, 9. Jan. Der Christliche Metallarbeiterverband hat sich gestern in einer Vertrauensmännerversammlung für die Anerkennung des Berliner Abkommens über die zehnstündige Arbeitszeit erklärt und es abgelehnt, sich an der Streikleitung durch Vertreter zu beteiligen.

* **Osnabrück**, 9. Jan. Gestern wurde ein Reiter des Reiterregiments Nr. 16 offensichtlich von einem kommunistischen Täter von hinten angeschossen und schwer verletzt.

Landwirtschaftliches.

WTB **Berlin**, 8. Jan. Dem allgemeinen Preisabbau folgend hat die Superphosphatindustrie nach Rücksprache mit der Landwirtschaft den Preis für ein Kilogramm wasserlösliche Phosphorsäure und Superphosphat zur Lieferung im Frühjahr 1924 auf 50 Goldpfennig festgesetzt. Das bedeutet eine Ermäßigung um etwa 15 Prozent. Die Industrie ist dabei über die eingetretene Verbilligung der Herstellung hinausgegangen.

Letzte Telegramme.

WTB **Paris**, 9. Jan. Nach einer Meldung der Chicago Tribune aus London sind dem englischen Botschafter in Washington Instruktionen zugegangen, in denen die Haltung Großbritanniens angesichts der Beschlagnahme von Schiffen durch die amerikanische Polizei festgelegt wird. Großbritannien protestiere gegen derartige Beschlagnahmungen und weise darauf hin, daß der neue Vertrag, der die territorialen Gewässer erweitere, noch nicht in Kraft getreten sei. Die englische Regierung befürchte, daß der neue Vertrag durch die Beschlagnahmungen gefährdet werden könne.

WTB **Magdeburg**, 9. Jan. Einige Betriebe der Magdeburger Metallindustrie haben die Arbeiter ausgesperrt. Nach Angabe des Metallarbeiterverbandes hatten die Arbeitgeber die Löhne einseitig festgesetzt. Da die Tarifverhandlungen ergebnislos verliefen, weigerten sie sich, unter diesen Umständen zu arbeiten.

WTB **Paris**, 9. Jan. Aus Konstantinopel berichtet eine Nachrichtenagentur: Die Meldung über ein Attentat auf Mustafa Kemal Pascha werde offiziell widerrufen.

WTB **Paris**, 9. Jan. Nach einer Mainmeldung aus Warschau wird der jetzige Botschafter in London, Skirmund, den zum Minister des Aeußeren ernannten Gesandten in Paris, Grafen Tamonski, ersetzen.

WTB **Rom**, 9. Jan. Die drei italienischen Sachverständigen für die vom Wiederherstellungsausschuß eingesetzten Ausschüsse werden am Samstag Rom verlassen. Sie werden heute von Mussolini empfangen, um seine Instruktionen entgegenzunehmen.

WTB **Berlin**, 9. Jan. In Schwan (Mecklenburg) sperrten gestern Erwerbslose, weil ihnen die Unterstützung versagt wurde, da sie sich geweigert hatten, Schnee zu schaufeln, die im Rathaus arbeitenden Beamten ein. Die von Rostock herbeigerufene Polizei befreite die Beamten und verhaftete die Rädelsführer.

WTB **München**, 9. Jan. Wie die Münchener Neuesten Nachrichten erfahren, soll der Prozeß gegen die am Hitlerputsch beteiligten Personen wegen des großen Umfanges geteilt werden. Der Hauptprozeß wird sich gegen 40 bis 50 Personen richten. Die Hauptanklageschrift für diesen Teil des Verfahrens werde in den nächsten Tagen dem Volksgericht München 1 zugehen. Möglichermeise wird der Hauptprozeß noch Ende Januar durchgeführt sein. Anschließend daran sollen weitere Verhandlungen stattfinden.

WTB **London**, 9. Jan. Reuter meldet aus Hongkong: Der Dampfer „Tichefui" ist von Räubern überfallen worden, die den Kapitän und einen Mann der Besatzung töteten und 2 Seeleute und 1 Passagier verwundeten.

WTB **Berlin**, 9. Jan. Die Erörterungen zwischen der Reichsregierung und den Mitgliedern der thüringischen Landesregierung wurden gestern im Reichskabinett fortgesetzt, aber noch nicht beendet. Der Abschluß steht jedoch unmittelbar bevor.

WTB **Krefeld**, 9. Jan. In der Krefelder Textilindustrie ist es plötzlich zu Arbeitseinstellungen gekommen. Nach der Krefelder Zeitung haben Syndikalisten, die aus Hochemmerich kamen, die Arbeiter unter Drohungen gezwungen, die Arbeit einzustellen und die Fabriken zu verlassen. Die Krefelder Baumwollspinnerei liegt still. Auch in Uerdingen nimmt der Streik an Ausdehnung zu.

Verantwortlicher Schriftleiter Paul Fischer.
Druck und Verlag F. X. Ruegenberg.

Bekanntmachung.

1. Betrifft natürliche Personen

Nach Art. 1 § 1 der 2. Steuernotverordnung vom 19. 12. 1923 haben alle Einkommensteuerpflichtigen, die nach § 1 des Gesetzes vom 9. Juli und 11. Aug. 23 die erhöhte Vorauszahlung zu entrichten hatten, als Abschlußzahlung für das Steuerjahr 1923 bis zum 10. Januar 1924 einen Betrag von 0,40 Goldmark für jede vollen 1000 M. der Jahressteuerschuld 1922 zu zahlen. Soweit der Festsetzung des Einkommens 1922 ein Abschluß vor dem 1. Juli 1922 zugrunde liegt beträgt die Abschlußzahlung 1,60 Goldmark für jede vollen 1000 M. der Jahressteuerschuld.

Nichtabschlußzahlungspflichtig sind daher alle Pflichtigen, für die nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes vom 9. Juli und 11. August 1923 eine Erhöhung der Vorauszahlung nicht eintrat, also insbesondere die Lohnsteuerpflichtigen, und die Steuerpflichtigen aus freien Berufen, auch wenn sie im Jahre 1922 mehr als 1 Million M. Einkommen gehabt haben und daher rhein- und ruhrabgabepflichtig sind.

Eine abweichende Festsetzung der Abschlußzahlung in besonderen Fällen, auch hinsichtlich der nicht zur erhöhten Vorauszahlung Verpflichteten, bleibt vorbehalten und kann auch nach dem 10. Januar 1924 erfolgen.

Die Zahlung hat bei den zuständigen örtlichen Hebestellen (nicht bei der Finanzkasse) zu erfolgen.

Die Zahlung ist in Papiermark oder in wertbeständigen Zahlungsmitteln nach dem Goldumrechnungstag des Zahlungstages zu leisten. Bei nicht pünktlicher Zahlung werden unter den Voraussetzungen des Art. 18 § 1 Abs. 1 der Notverordnung erhebliche Zuschläge erhoben.

2. Betrifft Gesellschaften

Nach Art. 1 § 2 der 2. Steuernotverordnung haben die Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr übereinstimmt, als Abschlußzahlung auf die Körperschaftssteuerschuld für das Geschäftsjahr 1923 bis zum 10. 1. 1924 für jede vollen 1000 M. der Körperschaftssteuerschuld 1922 gleich 0,60 Goldmark zu entrichten.

Ebenso haben die Erwerbsgesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem Kalenderjahr nicht übereinstimmt, und die für das Geschäftsjahr 1922—23 noch nicht veranlagt sind, als Abschlußzahlung für 1922 bis 23 bis zum 10. 1. 1924 für jede vollen 1000 M. der Körperschaftssteuerschuld 1921-22 gleich 0,60 Goldmark zu entrichten. Außerdem haben diese Gesellschaften bis zum gleichen Zeitpunkte für jeden zum Geschäftsjahr 1923-24 gehörenden Monat des Kalenderjahres 1923 auf jede vollen 1000 M. der Körperschaftssteuerschuld 1921-22 einen Betrag von eindrittel Goldmark als Abschlußzahlung zu leisten; die für das Geschäftsjahr 1923-24 bereits entrichteten Vorauszahlungen werden hierauf mit ihrem Goldwert angerechnet.

In besonderen Fällen kann eine anderweite Festsetzung der Zahlungspflicht, auch noch nach dem 10. 1. 1924 stattfinden.

Soweit Körperschaftssteuerpflichtige nach vorstehendem zu einer Zahlung auf die Steuerschuld für das Geschäftsjahr 1923 oder 1922-23 oder für den in das Jahr 1923 fallenden Teil des Geschäftsjahres 1923-24 nicht verpflichtet sind, haben sie eine Abschlußzahlung zu entrichten, die das Finanzamt nach der Leistungsfähigkeit festsetzt. Eine Veranlagung für das Geschäftsjahr 1922 oder 1922-23 erfolgt nicht.

Im übrigen siehe oben zu 1, letzter Absatz.

Olpe, den 9. Januar 1924. (j†76)

Das Finanzamt.

Turnverein Olpe.

Heute abend 7 Uhr wird im kath. Vereinssaale die

letzte Aufführung

unseres Weihnachtsprogramms sein.

Eintrittskarten sind bis heute nachmittag 5½ Uhr im Vorverkauf bei Joseph Junker, Westf.-Str. 44, zu haben. An der Abendkasse werden ab 6 Uhr ebenfalls noch Karten verkauft werden. (j†81)

Beginn der Vorführung punkt 7 Uhr!

II. Konzert

in der Seminaraula.

Sonntag, den 13. Jan., 5 Uhr nachm.,

Liederabend.

Amalie Merz-Tanner-München (Sopran).
Am Flügel: Musikdirektor Weisbach-Hagen.
Schubert, Schumann, Brahms, Weil.

Vorverkauf der zum Eintritt berechtigenden Programme von Donnerstag, dem 10. Januar ab zu Mk. 1,80 in der Ruegenberg'schen Buchhandlung. Schülerkarten zu Mk. 0,50 im Seminar.

Ende 6½ Uhr.

Kriegerverein Drolshagen.

Sonntag, 13. Januar, nachmittags 4 Uhr

Generalversammlung

im Vereinslokal (Gasthof zur Brücke).

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Rechnungslage.
3. Wahlen.
4. Kriegerdenkmal.
5. Winterfest.
6. Ehrenfriedhof.
7. Verschiedenes j†77

Der Vorstand

Kaufe fortwährend

hies. Roggen und Hafer

zu Tagespreisen,

auch tausche Hafer gegen Weizenmehl.

Konrad Kick

Mühle Drolshagen

Tüchtiger

Vertreter

— für den Kreis Olpe —

gegen Provision oder auf eigene Rechnung sofort gesucht.

Bewerbungen wolle man umgehend an uns richten. (j†79)

Cigarrenfabrik Gründling & Bitzel

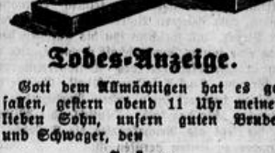
Michelbach in Unterfranken.

Ruhrkohlen u. Koks

prompt lieferbar. (j†75)

Ebert & Co., Kohlengroßhandlung., Betzdorf-Sieg.

Telef. 98 u. 99. Telegr. Ebertsco. Generalvertretung der Gewerkschaft Dahlbusch.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, gestern abend 11 Uhr meinen lieben Sohn, unsern guten Bruder und Schwager, den

Heizer

Anton Zeppenfeld

im jugendlichen Alter von 23 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen. Er starb im Krankenhause zu Kirchen an den Folgen eines Unglücksfalles während Ausübung seines Berufes.

Um ein frommes Gebet für den lieben Verstorbenen bitten

Joseph Zeppenfeld und Kinder.

Lützinghausen, den 9. Januar 1924.

Die Beerdigung findet am Samstag, dem 12. Januar, morgens 8½ Uhr nach vorausgegangenem Seelenamt in Olpe statt.

Plating, Gold u. Silber.

Alle Gegenstände aus diesen Metallen, wenn auch zerbrochen oder beschädigt, kauft zu höchsten Tagespreisen

Otto Scherer, Attendorn,

752) Wasserstr. 18.

Ich kaufe laufend jeden Posten

Brennholz
Buchenstammholz
Eichenstammholz
Tannen- u. Fichtenstangen etc.

und erbitte Angebote.

Carl Bender, Holzhandlung,
Siegen I/W., Arndtstr. 11.
(j†74) Tel. 1040 u. 1724.

Zentrifugen,
Buttermaschinen,
und alle
landw. Maschinen
w 37 empfiehlt

Heinrich Clemens, Olpe i. Westf.
Winterberbergstr. 4 Tel. 272

Nußbaumpoliertes

Schlafzimmer,

gebraucht, jedoch gut erhalten, bestehend aus 1 Bett mit Matratze und Auflage, Waschkommode mit Marmor und Spiegel, Nachtkonsole mit Marmor und 2 Stühlen, ferner eine gestrichene

Bettstelle m. Matratze,
1 Kleiderschrank,
1 Nachttischchen,
1 Tischchen sowie sonstige Gegenstände

preiswert unter der Hand zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bls. (j†78)(j†73)

Sung! Reggen Sung!

Am Mittwoch, dem 16. Januar, mittags 2 Uhr,

beginnt im Hotel Schmelzer in Meggen ein 2wöcher

Bügelkursus in Herrenstärkewäsche.

Anmeldungen werden am Montag Mittag von 2—5 Uhr daselbst entgegengenommen. Es wird in allen Zweigen gründlicher Unterricht erteilt. Eisen werden gestellt.

Paula Schmeck
Kreuztal, Bergstraße 14.

Gebrauchte, gut erhaltene (j†72)

Remington-Schreibmaschine

preiswert zu verkaufen.

Gottfr. Marx, Olpe.

Gut bürgerlicher

Mittags-Tisch

für mehrere Personen gesucht. Schriftl. Angebote unter Nr. j†80 an die Geschäftsstelle ds. Bls.

Eine noch sehr gut erhaltene

Drehbank

Drehlänge 1400 mm, Spitzenhöhe 165 mm), hat preiswert abzugeben.

Schriftliche Anfragen unter Nr. j†64 sind zu richten an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Mäuse

und Ratten können Sie mit meinem Mittel restlos vertilgen. Eine Portion, für kleineres Haus reichend, kostet 2. Rent.-Mk. postfrei. (w89

J. Reinelt,
Kammerjäger,
Niederschelden (Sieg).

Für zwei arme

Waisenkinder

ein Mädchen von 11½ und ein Mädchen von 8½ Jahren bittet um Aufnahme bei edeldenkenden Familien

Pfarrer Sondermann,
Gerthe b. Bochum.

Gefl. Meldungen umgehend erbeten.

Maßschäfte

werden schnell u. sauber angefertigt. Garantie für gute Paßform.

Heinr. Reperich,
Schäftemacherei,
Olpe, Winterbergstr. 53.

Kunstdünger

Schwefels. Ammoniak, Lenna-Salpeter, Kalkstickstoff, Ammoniak-Superphosphat sowie Thomasmehl, Kalisalz und Kalisalze liefert für Wiederverkäufer und ländliche Genossenschaften zu Fabrikpreisen

Gustav Korf
An (Sieg). (j†42)